K-02-001 Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Antragsteller*in: Lene Greve (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu K-02

Von Zeile 1 bis 7:
~~Unsere Kommunen sind das Herz und Rückgrat unseres Landes. Hier spielt sich das Leben ab: Morgens bringen Eltern ihre Kinder in die Kita, Schulkinder warten an der Bushaltestelle. Auf dem Weg zur Arbeit trifft man Nachbar*innen, die kurz beim Bäcker halten. Am Nachmittag zieht es Jugendliche auf den Bolzplatz, während Senior*innen im Schwimmbad ihre Bahnen ziehen oder auf dem Marktplatz plaudern. Und abends übt die Freiwillige Feuerwehr für den Ernstfall. Hier, direkt vor unserer Haustür, finden Gemeinschaft und Zusammenhalt statt.~~

In einer Gesellschaft, in der einige Wenige sich private Schwimmhallen leisten während für viele der sommerliche Besuch im Freibad unerschwinglicher Luxus bleibt; in der Kinder aus begütertem Hause im neuen Tesla zur Schule gefahren werden während Gleichaltrige bei dürftigen ÖPNV-Netzen im Regen stehen; in der Kürzungen bei Kitas und Jugendzentren die pädagogische Arbeit zur Privatsache erklären und damit den Nährboden für konservative Geschlechterklischees bilden, zeigt sich, wie entscheidend die Ressourcen der Kommunen für solidarische Entfaltungsmöglichkeiten sind. Der Ausbau soziokultureller Infrastruktur vor Ort ist erforderlich: So entziehen wir rechten Kräften die Grundlagen dafür, fehlende Solidarität mit exklusiver Gemeinschaft in Heimatgefühlen und mit nationalem Zusammenhalt gegen konstruierte Feinde zu kitten („Stadtbild“). Soziale Entwicklung ist der Ernstfall.

Begründung

Der Ausbau öffentlicher Infrastruktur zum Wohle aller und nicht die Bewahrung des Status Quo – der 25 % Zustimmung zur AfD ermöglicht hat – schafft die Perspektive persönlicher Entfaltung in Kooperation unter Gleichen.

Gemeinschaft und Zusammenhalt – zumal ohne soziale Gleichheit – sind dagegen konservative Konzepte: Die Heimatidylle des Ursprungstextes läuft rechten Narrativen hinterher. Sie blendet soziale Disparität und normative Sozialkontrolle aus.

Der Blick in die Geschichte zeigt, dass bereits in der Weimarer Republik vorrangig in den Regionen, in denen durch brutal entsolidarisierende Sparpolitik die Konkurrenz um Lebensmöglichkeiten geschürt wurde, die sozialdarwinistischen Parolen der NSDAP wirken konnten (https://www.cambridge.org/core/journals/journal-of-economic-history/article/austerity-and-the-rise-of-the-nazi-party/7FB1BC0E727F47DC790A23D2A4B70961). Daraus lassen sich auf jeder Ebene Schlüsse ziehen – in den Kommunen dienen reichhaltige Investitionen in Wohnungsbau, Mobilität, Theater und Bibliotheken sowie in die offene Kinder- und Jugendarbeit beispielsweise der Herausbildung einer nonkonformen, solidarischen Kultur.

weitere Antragsteller*innen

Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Peter Meiwald (KV Ammerland); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Cornelia Stump (KV Bad Dürkheim); Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Marco Petrikat (KV Köln); Zohra

Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Linus Sage (KV Hamburg-Harburg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Nord); Farid Abdullah Najem (KV Hamburg-Mitte); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Janine Ivancic (KV Aachen); Katharina Niering (KV Südliche Weinstraße); Michael Seyfried (KV München); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.